



Landgericht Ellwangen (Jagst)

Landgericht Ellwangen (Jagst), 73479 Ellwangen (Jagst)

Rechtsanwälte
Römer & Kollegen
Marktstraße 69
89537 Giengen

Datum: 25.11.2020
Durchwahl: 07961 81-243
Aktenzeichen: 2 O 354/20
(Bitte bei Antwort angeben)

In Sachen
Gemeindeverwaltung Dischingen ./ Akst, W. u.a.
wg. Schadensersatzes

Ihr Zeichen: 1-1120/2017-0

Sehr geehrte Damen und Herren Rechtsanwälte,
anbei erhalten Sie eine beglaubigte Abschrift der Verfügung vom 25.11.2020.

Mit freundlichen Grüßen

Hunold
Justizfachangestellte
Dieses Schreiben wurde elektronisch erstellt und ist ohne Unterschrift gültig.

Informationen zum Schutz personenbezogener Daten bei deren Verarbeitung durch die Justiz nach Artikel 13 und Artikel 14 der Europäischen Datenschutz-Grundverordnung finden sich auf der Internetseite des Gerichts unter dem Menüpunkt „Service“ / „Informationen zum Datenschutz in der Justiz“. Auf Wunsch übersenden wir diese Informationen auch an Verfahrensbeteiligte in Papierform.

Marktplatz 6 u. 7, 73479 Ellwangen Nächste Parkmöglichkeit: Schießwäsen
Telefon 07961 81-0 Telefax 07961 81-257 E-Mail poststelle@lgellwangen.justiz.bwl.de Internet www.landgericht-ellwangen.de
Sprechzeiten Montag - Donnerstag: 08:30 Uhr - 12:00 Uhr; 13:00 Uhr - 16:00 Uhr Freitag: 08:30 Uhr - 13:00 Uhr
Bitte auch bei Anrufen beachten.

Beglaubigte Abschrift

Landgericht Ellwangen (Jagst)

Ellwangen (Jagst), 25.11.2020

2 O 354/20

Verfügung

In Sachen

Gemeindeverwaltung Dischingen ./ Akst, W. u.a.
wg. Schadensersatzes

Das Gericht schlägt den Parteien gemäß § 278 Abs. 6 ZPO folgenden Vergleich vor:

1. Der Beklagte zu 1 verpflichtet sich, die von der Klägerin im vorliegenden Verfahren geltend gemachten Mängel auf eigene Kosten so nachzubessern, dass die Ausführung den allgemein anerkannten Regeln der Technik entspricht. Die Klägerin und der Beklagte zu 1 werden binnen einem Monat nach Feststellung des Zustandekommens des Vergleiches abstimmen, wann die Arbeiten durch den Beklagten zu 1 durchzuführen sind.

Die Kosten für das zur Nachbesserung erforderliche Material, die beim Beklagten zu 1 anfallen, werden im Innenverhältnis der Beklagten von den beiden Beklagten jeweils zur Hälfte getragen. Der Beklagte zu 2 hat dabei Kosten in Höhe von maximal 8.000,00 € netto zu tragen, d.h. Kosten für Material, die einen Betrag in Höhe von insgesamt 16.000,00 € netto übersteigen, hat der Beklagte zu 1 alleine zu tragen.

Die „Kosten“ für die zur Nachbesserung erforderliche Arbeitszeit, die beim Beklagten zu 1 anfallen, werden im Innenverhältnis der Beklagten vom Beklagten zu 1 zu 70 % und vom Beklagten zu 2 zu 30 % getragen. Der Beklagte zu 2 hat dabei Kosten in Höhe von maximal 5.000,00 € netto zu tragen, d.h. „Kosten“ für Arbeitszeit, die einen Betrag in Höhe von insgesamt 16.666,67 € netto übersteigen, hat der Beklagte zu 1 alleine zu tragen.

2. Die Klägerin ist berechtigt, die Durchführung der Arbeiten des Beklagten zu 1 nach Ziffer 1, insbesondere deren Übereinstimmung mit den allgemein anerkannten Regeln der Technik durch den Sachverständigen Bernd Kramer, Anhauser Strasse 74, 89547 Gerstetten überwachen zu lassen.

Die Klägerin ist weiter berechtigt, den Sachverständigen Bernd Kramer, Anhauser Strasse 74, 89547 Gerstetten bei der Abnahme der Arbeiten des Beklagten zu 1 nach Ziffer 1 hinzuzuziehen.

Die Kosten, die der Klägerin durch die Beauftragung des Sachverständigen Bernd Kramer nach den vorstehenden beiden Absätzen entstehen, werden von den Beklagten bis zu einer Höhe von 2.500,00 € netto als Gesamtschuldner gegen Vorlage einer entsprechenden Rechnung des Sachverständigen erstattet.

Im Innenverhältnis werden die Kosten des Sachverständigen Kramer durch den Beklagten zu 1 in Höhe von 70 % und den Beklagten zu 2 in Höhe von 30 % übernommen.

3. Die Beklagten verpflichten sich als Gesamtschuldner, an die Klägerin bis zum 15.01.2021 einen Betrag i.H.v. 15.000,00 € zu zahlen. Die Zahlung erfolgt direkt zu Händen des Prozessbevollmächtigten der Klägerin.

Dieser Betrag ist ab Fälligkeit mit 9 %-Punkte über dem jeweils gültigen Basiszinssatz p.a. zu verzinsen.

Im Innenverhältnis wird dieser Betrag vom Beklagten zu 1 in Höhe von 70 % (10.500,00 € ohne Zinsen) und von der Beklagten zu 2 in Höhe von 30 % (4.500,00 € ohne Zinsen) übernommen.

4. Damit sind die streitgegenständlichen Forderungen erledigt.

5. Die Parteien sind sich weiter darüber einig, dass der Klägerin gegen den Beklagten zu 2 aus dem den streitigen Forderungen zu Grunde liegenden Architektenvertrag betreffend die Erweiterung der Egauschule in Dischingen keine weitergehenden Ansprüche mehr zustehen.

6. Von den Kosten dieses Rechtsstreits und dieses Vergleiches tragen die Klägerin 1/5 und die Beklagten als Gesamtschuldner 4/5.

Im Innenverhältnis tragen der Beklagte zu 1 aus den sich aus vorstehendem Absatz für die Beklagten ergebenden Kosten 70 % und der Beklagte zu 2 30 %.

Die Parteien haben Gelegenheit zur Stellungnahme bis **22.12.2020**.

Dem gerichtlichen Vergleichsvorschlag liegen folgende Überlegung zu Grunde:

1. Die Klägerin macht mit dem Klageantrag Ziffer 1 u.a. Kostenvorschuss für Mängelbeseitigungsarbeiten geltend.

Unter Ziffer 1 des gerichtlichen Vergleichsvorschlags ist nun geregelt, dass der Beklagte zu 1 verpflichtet ist, die Mängel zu beseitigen, die im selbstständigen Beweissicherungsverfahren festgestellt worden sind und von der Klägerin geltend gemacht worden sind. Insoweit dringt die Klägerin mit dem geltend gemachten Anspruch voll durch.

Nach Ziffer 2 des gerichtlichen Vergleichsvorschlags hat die Klägerin (sogar) die Möglichkeit, die Mängelbeseitigungsarbeiten durch einen Sachverständigen begleiten zu lassen und diesen auch bei der Abnahme hinzuzuziehen. Dies geht über den mit der Klage geltend gemachten Anspruch hinaus; einen solchen Rechtsanspruch gibt es auch nicht. Der Klägerin werden insoweit Kosten in Höhe von bis zu 2.500,00 € erstattet. Das Gericht geht davon aus, dass dieser Betrag ausreichend sein müsste, um etwaige Kosten des Sachverständigen abzudecken.

2. Im Hinblick auf die von der Klägerin geltend gemachten Schadenersatzansprüche schlägt das Gericht unter Berücksichtigung der Chancen und Risiken des Rechtsstreits vor, dass diese in Höhe von knapp unter 50 % von den Beklagten gezahlt werden.

Insoweit weist das Gericht in rechtlicher Hinsicht auf folgendes hin:

- 2.1 Die Kosten von Sachverständigengutachten sind erstattungsfähig, wenn die Beauftragung des Sachverständigen unter Berücksichtigung der konkreten Umstände des Einzelfalls nach Zeitpunkt, Inhalt und Umfang des Auftrags bei objektiver, verständiger Sicht erforderlich war (OLG Düsseldorf, Urteil vom 9. August 2013 – 22 U 4/13, BeckRS 2013, 21853; Kniffka/Koeble, Kompendium des Baurechts, 5. Aufl. 2020, 14. Teil Vorprozessuale Aufklärung und Beweissicherung, Rn. 15). Bei Mängeln von nicht ganz untergeordneter Bedeutung dürfte die Erforderlichkeit im Normalfall zu bejahen sei (Kniffka/Koeble, aaO, Rn. 16).

Hinsichtlich der Erforderlichkeit der angefallenen Stunden und der Angemessenheit des geltend gemachten Stundensatzes ist ein Sachverständigengutachten einzuholen.

- 2.2 Betreffend der Kosten des Gerüsts ist hinsichtlich Erforderlichkeit und Angemessen-

heit der Kosten ein weiteres Sachverständigengutachten einzuholen.

- 2.3 Betreffend der Position Einspeisevergütung weist das Gericht darauf hin, dass zu Bedenken ist, ob die Klägerin gegen die ihr obliegende Schadensminderungspflicht verstoßen hat, da sie keine Zwischenmontage der PV-Anlage vorgenommen hat.

Insoweit wären die Zeugen wegen des Installationstermins zu hören und ein Sachverständiger müsste ein Gutachten zum Themenkomplex „Zwischeninstallation“ erstellen.

3. Da der Beklagte zu 1 sich verpflichtet hat, die Mängelbeseitigungsarbeiten durchzuführen, kann der allgemeine Feststellungsantrag im Rahmen des Vergleichs nicht vereinbart werden.
4. Unter Berücksichtigung der vorstehenden Ausführungen und dem Verhältnis des Obsiegens hält das Gericht eine Kostenquote von 1/5 zu 4/5 im Verhältnis Klägerin : Beklagte für angemessen.
5. Sollte eine vergleichsweise Einigung nicht möglich sein, müsste der Prozess zeit- und kostenintensiv fortgesetzt werden.

Hinsichtlich des geltend gemachten Vorschussanspruchs wären die benannten Zeugen zu hören und der Sachverständige Syber müsste im Anschluss ein ergänzendes Gutachten erstatten. Das Gericht weist bereits jetzt darauf hin, dass eine Zeugenvernehmung aufgrund der räumlichen Situation am Landgericht - dem zuständige Referatsrichter steht für mehreren Parteien und Zeugen grundsätzlich nur am Mittwochnachmittag auf ein ausreichend großen Sitzungssaal zur Verfügung - voraussichtlich erst im Mai 2021 erfolgen kann.

Mattausch
Richter am Landgericht

Beglaubigt
Ellwangen (Jagst), 25.11.2020



Hunold
Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle
Durch maschinelle Bearbeitung beglaubigt
- ohne Unterschrift gültig